

4. Aug. 1916

Nov. 1916
zur Konfirmation

< Kaufobj. >

WIENER RATHHAUS KORRESPONDENZ.
Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Mischeu.
28. Jahrg. Wien, Freitag, 4. August 1916. Nr. 241.

WIENER STADTRAT.

Sitzung am 3. August 1916.

Vorsitzende: Bürgermeister Dr. Weiskirchner und die Vizebürgermeister Hierhammer und Reip.

Nach einem Antrage des StR. Zatzka wird der Entwurf für die Herstellung der richtigen Höhenlage auf den Straßen- und Platzgründen der Moders-Liegenschaften im 3. Bezirk genehmigt.

Nach einem Antrage des StR. Knoll wird die Verpachtung einer großen Anzahl städtischer Gründe im 21. Bezirk auf weitere 6 Jahre bewilligt.

Nach einem Antrage des VB. Hain wird ein Bürgermeister-Amt Weidling für die Besorgung des Verkehrs Klosterneuburg-Weidling ein größerer geschlossener Stellwagen bis zum 15. September leihweise überlassen.

Der Allgemeinen Depositenbank wird zur Herstellung eines gemauerten Säulenportales und eines Vordaches über demselben am Hause 1. Bezirk Teinfaltstraße 2 die Zustimmung erteilt.

Nach einem Antrage des StR. Zatzka werden 13.590 K für Instandsetzungsarbeiten in der Landwehrkaserne 13. Bezirk Hütteldorferstr. 188 im Verwaltungsjahre 1916/17 bewilligt.

VB. Hierhammer beantragt, dem Vereine der Schrebergärten am Amelsbach für seine Schrebergarten-Anlage eine 50 Kige Ermäßigung beim Wasserbezug gegen Wiederruf zu gewähren. (Ang.)

Für die Telefon-Anlage im Kühl-Lagerhause und für die Einheitliche Umgestaltung der Telefon-Anlage des Lagerhauses werden 17.200 K bewilligt.

Eine neue Kriegsküche im 9. Bezirk. Die Kriegsküche XII wird am Montag, den 21. August mit vorläufig 100 Mahlzeiten täglich ihren Betrieb aufnehmen. Anmeldungen hierauf nimmt die Küche IX., Lichtnerwerderplatz Nr. 2 vom 15. bis 19. August l. J. entgegen.

Nahrungs- und Futtermittelanbau durch die Wiener Gemeindeverwaltung im Kriegsjahr 1916.

„Aushungern wollen uns die Feinde“. Diese Worte leiten den Aufruf ein, mit welchem der Bürgermeister im Februar 1915 die Wiener Grundbesitzer aufforderte, kein abaufähiges Fleckchen Grund unbebaut zu lassen. Hiermit begann eine jener zahlreichen Aktionen, welche die Wiener Gemeindeverwaltung ohne jede gesetzliche Verpflichtung in tatkräftiger und großzügiger Weise unternahm, um der Bevölkerung der Zweimillionenstadt unter den schwierigsten Verhältnissen die ausreichende Versorgung mit Lebensmitteln während des fürchterlichen Völkerringsens zu sichern.

Man war sich ja von vorneherein klar, daß selbst bei ausgiebiger landwirtschaftlicher Verwertung des brachliegenden Baugeländes im Weichbilde der Stadt nur eine für kurze Zeit ausreichende Menge von Kartoffeln und Gemüse erzeugt werden könne. Trotzdem durfte auf diese Art der Beschaffung von Lebensmitteln nicht verzichtet werden, weil ja vorübergehende Unterbindungen der Zufuhren durch Truppenverschiebungen, Waggonmangel etc. zu befürchten waren. Außerdem sollte auf diese Weise ein wenigstens teilweiser Ersatz für den Ausfall an Lebensmitteln geschaffen werden, der infolge des Einrückens zahlreicher Landwirte und Gärtner und der Besetzung eines großen Teiles Galiziens durch den Feind zu erwarten war. Ein solcher Ersatz war umso notwendiger, als durch die Aufnahme von etwa 1/4 Million galizischer Flüchtlinge und durch die Ansammlung großer Truppenmengen die Zahl der Verbraucher in Wien ganz bedeutend stieg. Ueberdies ließen die steigenden Fleisch- und Brotpreise gewärtigen, daß immer mehr zur Gemüsenahrung gegriffen werden würde.

Der Bürgermeister gab daher am 2. Februar dem Magistrat den Auftrag, „sofort unter Zuziehung von geeigneten Fachmännern zu beraten, ob eine landwirtschaftliche Verwertung der in Wien brachliegenden Baugründe möglich erscheint.“ Da die Sachverständigen den Anbau von Brachland mit Rücksicht auf die vorgerückte Jahreszeit versätet aber immerhin als noch zwar als möglich bezeichneten, fühlte sich der Magistrat verpflichtet, trotz des großen mit einem landwirtschaftlichen Betriebe stets verbundenen Risikos mit Rücksicht auf die früher erwähnten außerordentlichen Verhältnisse, dem Bürgermeister die Durchführung der von ihm angeregten Unternehmung zu empfehlen.

Die Durchführung war aber in Wien ungleich schwieriger, als in den großen Städten des deutschen Reiches, wo sich wie z.B. in Berlin für diesen Zweck sofort eigene Gesellschaften gebildet hatten. In Wien mußte die Gemeindeverwaltung nicht bloß die Organisation des Anbaues besorgen, sondern sogar im wesentlichen den Anbau im Eigenbetriebe durchführen.

Zur Beratung aller auf den Anbau von Erdäpfeln und Gemüse in Wien bezüglichen Angelegenheiten wurde ein Komitee unter dem Vorsitz des Magistrats-Direktors bestellt.

Zunächst machte die Sichtung der über den Aufruf des Bürgermeisters in ungeheurer Zahl eingelangten gutgemeinten, aber meist unbrauchbaren Ratschläge viele Arbeit. (So empfahl jemand, die Fugta anzubauen. Eine Frau schlug vor, die Häuser mit Bohnenspalieren bis zum 4. Stock zu versetzen, das Pflaster aufzureißen und die Gehwege zu bepflanzeln.) Zahlreich waren die Anbote von Gründen zum Anbau. Bei der vorgerückten Jahreszeit war eine rechtzeitige Besichtigung dieser Gründe nur durch Verwendung von Automobilen möglich. Ueber Anraten der Sachverständigen wurden nur ganz große zusammenhängende Gründe für den Anbau im Eigenbetriebe bestimmt. Ueber vielseitiges Verlangen und um den privaten Grundbesitzern

mit guten Beispiele voranzugehen, wurden auch in einem Teile der städtischen Gartenanlagen größere Wiesenflächen für den Anbau im Eigenbetriebe in Aussicht genommen. Die meisten städtischen Unternehmungen, Anstalten und Betriebe wurden veranlaßt, in Eigenbetriebe Nahrungs- und Futtermittel anzubauen. Eine Einrichtung, welche sich in Wien seit einigen Jahren einzuleben begann, der „Schrebergarten“ wurde in der Form des „Kriegs-Gemüsegartens“ benützt, um die Bevölkerung möglichst zahlreich zum Anbau des Brachlandes zu veranlassen. Auch die Bediensteten der Gemeinde und ihrer Unternehmungen erhielten solche „Kriegs-Gemüsegärten“ zugewiesen. Ueber eine Anregung des Vizebürgermeisters Hoß wurden auch die Schulkinder zum Anbau herangezogen. Schließlich ließ die Gemeinde durch Unternehmer größere Flächen Brachlandes anbauen. Diese Unternehmer mußten sich verpflichten, die ganze Pflanzung der Gemeinde zu einem vor Beginn des Anbaues zu vereinbarenden Preise zu überlassen, wenn sie es vor der Ernte verlangt.

Es wurden über 316 ha große Flächen, welche sonst brach gelegen wären, infolge der Anregung des Bürgermeisters bebaut, wovon in Wien rund 280 ha. Von der Ernte ergeben sich für den Verbrauch der Wiener Bevölkerung rund 3.100.000 Kilogramm Kartoffeln, das sind 310 Waggon, ferner rund 172.000 Kilogramm Bohnen, Erbsen, Paradeisäpfel, Zwiebeln, u.s.w. und rund 478.000 Stück Kohl, Kohlrüben, Kraut, Salat, u.s.f., schließlich an Futtermitteln rund 19.000 Kilogramm Hafer und rund 117.000 Kilogramm Heu- und Moharheu.

Außerdem kommt noch die mittelbare Wirkung der Anregung des Bürgermeisters in Betracht. Durch den eingangs erwähnten Aufruf haben sich zahlreiche Besitzer von Privatgärten bestimmen lassen, im verflochtenen Jahre statt Zierblumen Gemüse zu pflanzen, wobei sie durch die Errichtung städtischer Beratungsstellen für den Gemüsebau in der Stadtgarten-Direktion und in mehreren Bezirkskanzleien, durch die unentgeltliche Abgabe von Gemüsesamen, Setzlingen, Kunstdünger und belehrender Broschüren durch die Gemeinde unterstützt wurden. Zahlreiche Fabriks- und Grundbesitzer haben durch das Beispiel der Gemeinde angeeifert, den Arbeitern und ärmeren Familien Grund meist sogar unentgeltlich zum Anbau zur Verfügung gestellt. Durch Zuschriften des Magistrates aufgefordert, haben fast alle Kasern- und Spitalskommanden durch Militär den Kasernen, bezw. Spitalern benachbarte Gründe mit Kartoffeln und Gemüse bebauen lassen, z.B. beim Arsenal. Auch die Bahn- und Postverwaltungen haben den Anbau in Wien durch Zuweisungen von Gründen an ihre Bediensteten gefördert, die Sicherheitswache beteiligte sich in großer Zahl an dem Anbau, der Jockeyklub für Oesterreich überließ in der Freudenua größere Flächen zur Bepflanzung. Die schon bestehenden Schrebergartenanlagen haben infolge der Aufrufe während des Krieges einen bedeutenden Aufschwung genommen. Es hat sich nicht nur die Zahl der Schrebergärten vermehrt, es wurde auch der Gemüsekul-

tur ein erhöhtes Augenmerk zugewendet. Durch die Zuleitung des Wassers und die Aussetzung von Prämien wurden die Schrebergärtenanlagen von der Gemeinde gefördert. Es ist hieraus zu ersehen, daß die Gemeindeverwaltung nichts unversucht gelassen hat, um den Anbau von Kartoffeln und Gemüse im Weichbilde Wiens möglichst zu fördern. Dank der Anregung des Bürgermeisters und des Eifers aller Beteiligten ist es gelungen, ein überaus günstiges Ergebnis zu erzielen, trotz der außerordentlichen Schwierigkeiten, welche sich dem Unternehmen entgegenstellten. Als im September vorigen Jahres die Beschickung der Wiener Märkte mit Kartoffeln plötzlich aufhörte, konnte die Gemeindeverwaltung infolge der von ihr im Eigenbetriebe und durch Unternehmer für sieerzielten Kartoffelmenge von 2 1/2 Millionen Kilogramm (250 Waggon) wirksam eingreifen und es ist anzunehmen, daß die Wiener Bevölkerung nur durch diese Vorsorge vor einer allerdings künstlich hervorgerufenen Kartoffelnot und da Kartoffel infolge der Teuerung aller anderen Lebensmittel das Hauptnahrungsmittel bildeten, geradezu vor einer Lebensmittelnot bewahrt wurde. Jedenfalls ist es nur dadurch möglich gewesen, die verhältnismäßig niederen Kartoffelpreise aufrecht zu erhalten.

Die im Eigenbetriebe bei Leopoldau erzeugten Kartoffeln wurden zum meist auf dem Felde selbst abgegeben, wiewohl nach einigen Tagen aber sah man sich gezwungen, die Abgabe durch Versendung auf die Märkte zu dezentralisieren, weil selbst durch Wacheaufgebot der ungestüme Andrang der Kauflustigen nicht aufzuhalten war. Auf den Märkten wurde der Verkauf durch Händler besorgt, welche verpflichtet waren, die Kartoffeln zu dem von der Gemeinde festgesetzten niedrigen Preise abzugeben. Die durch Unternehmer für die Gemeinde angebauten Kartoffeln wurden gleichfalls auf die Märkte gebracht, auf welchen durch einige Zeit überhaupt nur städtische Kartoffeln zum Verkaufe gelangten, der beste Beweis für die Notwendigkeit der ganzen Unternehmung.

Ein über diese Angelegenheit von Vizebürgermeister Hierhammer in der letzten Sitzung des Stadtrates vorgelegter Bericht wurde zur Kenntnis genommen. Der Referent erwähnte, daß der verstorbene Stadtrat Schreiner sich hervorragende Verdienste um die Förderung des Unternehmens gemacht habe. Nach dem Antrage des Berichterstatters wurde beschlossen, dem Leiter der Magistratsabteilung III Magistratsrat Dr. Ehrenberg den Dank und die vollste Anerkennung auszusprechen. Ferner wurde der Dank und die Anerkennung folgenden Personen zum Ausdruck gebracht: den Gemeinderäten Oberleutner und Richter, dem Bezirksrat Leopold Böhm, dem Magistratssekretär Dr. Schnitt und den Magistratsoberkommissären Dr. Busch und Dr. Lorenz, dem Stadtgartendirektor Hybler, dem Oberstadtgärtner Plohowitz, dem Stadtgärtner Hellinger und dem Stadtgartenassistenten Klamm und Bauer.

fernerdem Forstmeister Kubinger, dem Förstern Pokorny und Nemetz und dem Heger Sitzenfrei, den Bezirksschulinspektoren Smital und Tremmel, den Bürgerschuldirektoren Langer, Schön, Teufelsbauer, Werner und Würll, den Oberlehrern Gauf, Hron, Pührer, Ferdinand Steiner und Weitschöcher, schließlich dem Forstinspektor Klus und dem Kanzleioffizial Bernatz..

Beschlagnahme und Ablieferung der Gummireifen. Es wird neuerlich darauf aufmerksam gemacht, daß auf Grund der vom k.k. Ministerium für Landesverteidigung angeordneten Beschlagnahme der Gummireifen, Mäntel, Luftschläuche und Vollgummi-Reifen aller Arten (alt, neu oder gebrä^ucht) für Kraftfahrzeuge und Fuhrwerke mit animalischem Betrieb seitens der Besitzer bzw. Verwahrer (Spediteure, Gummi-Reparaturanstalten, etc) ab 4. August d.J. abzuliefern sind. Heute gelangten jene an die Reihe, deren Namen mit den Anfangsbuchstaben ZA, B, C, D oder E beginnt; am 5. folgen die Buchstaben F bis K, am 8. August die Buchstaben L bis Q und am 9. August die Buchstaben R bis Z. Die Ablieferung hat im Arkadenhof des neuen Rathauses zu erfolgen. Der 10. August ist für diejenigen bestimmt, deren Fahrzeuge animalischen Zug haben, das sind in erster Linie Fiaker und Einspänner.

Von der einstweiligen Ablieferung befreit nur eine vom k.k. Ministerium des Innern ausgefertigte Bescheinigung. Verzeichnisse, welche Zahl und Gattung, Größe, Fabrikat und Erzeugungsnummer des abgelieferten Materialies enthalten, sind mitzubringen. Unterlassene oder nicht entsprechende und verspätete Ablieferung wird streng bestraft. An den bezeichneten Tagen werden nähere Auskünfte und Aufklärungen im Arkadenhof des neuen Rathauses in den für diese Zwecke errichteten Auskunftsstellen, woselbst auch oben erwähnte Bescheinigungen vorzuweisen sind, erteilt.
